



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
27. Sitzung des Bauausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 17.02.2025	
Sitzungsbeginn:	16:08 Uhr	
Sitzungsende:	19:09 Uhr	
Sitzungsort:	Großen Sitzungssaal (Haus Trave 7.OG), Kronsfordter Allee 2- 6, 23560 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. Ulrich Brock - CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Kristin Blankenburg - SPD		
Julian Lange - SPD		
Sascha Luetkens - LINKE & GAL		
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin		
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Detlev Stolzenberg - Die Fraktion		Bis TOP 8, Vertretung für: Herrn Thomas Jahn
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jan Ingwersen - CDU		Vertretung für: Herrn Jochen Mauritz
Astrid Helzel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Ulrich Pluschkell - SPD		
Oliver Prieur - CDU		
Jörg Sellerbeck - CDU		
Dan Teschner - FDP		
Günther Frings - fraktionslos		Ab TOP 8 als Vertretung für Herrn Jahn
Beiratsmitglieder		
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen		Bis TOP 7.1
Joachim Schulz - Naturschutzbeirat Naturschutzbeirat		Nur öffentlicher Teil
Verwaltung		
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement		
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority		Bis TOP 3.2

Ulrike Schölkopf - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	Bis TOP 7.3
Karsten Schröder - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	
Arnd Babendererde - 5.651 GMHL	
Katrin Bohl - 5.651 GMHL	
Marcel Hoppe - GMHL	
Christian Kunz - 5.651 GMHL	Bis TOP 6.4.1
Barbara Schäfers - 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	Bis TOP 3.4
Protokollführung	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Gäste	
Dr.-Ing. Sinje Keipert-Colberg - Stadtwerke Lübeck	Bis TOP 3.4
Kathrin Krüger - Stadtwerke Lübeck	Bis TOP 3.4
Baya Maouche -	Bis TOP 4.2
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Jochen Mauritz - CDU	Entschuldigt abwesend
Jörn Twesten - AfD	Entschuldigt abwesend
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Thomas Jahn - fraktionslos	Abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2025	
3	Beschlussvorlagen	
3.1	Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung).	VO/2024/12987
3.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Fragen und Anregungen zur Stellplatzsatzung	VO/2024/12987-02
3.1.2	Änderungsantrag des Dr. Ulrich Brock zur Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung)	VO/2024/12987-01
3.1.3	Änderungsantrag des AM Dan Teschner (FDP) zu VO/2024/12987: Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung)	VO/2024/12987-03
3.1.4	AM Dan Teschner (FDP): ÄA zu VO/2024/12987: Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung).	VO/2024/12987-04
3.2	Fortführung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2	VO/2025/13849
3.3	Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 100.000,00 Euro für Archäologische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Beckergrube	VO/2025/13922
3.4	Kommunale Wärmeplanung	VO/2024/13808
3.4.1	AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Dr. Ulrich Brock (CDU), AM Dan Teschner (FDP): ÄA zu Kommunale Wärmeplanung	VO/2024/13808-01
3.5	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für Investitionsmaßnahmen im Produkt 111029	VO/2025/13920

4	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
4.1	Antrag aus der Einwohner:innenversammlung vom 13.11.2024: Bebauung Travemünde	VO/2024/13736
4.1.1	Empfehlung des Bauausschusses zum Antrag aus der Einwohner:innenversammlung vom 13.11.2024: Bebauung Travemünde (VO/2024/13736)	VO/2024/13736-01
4.1.2	BM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Änderungsantrag zum Antrag aus der Einwohner:innenversammlung vom 13.11.2024: Bebauung Travemünde (VO/2024/13736)	2024/13736-01-01
4.2	Unabhängige Volt-PARTEI: Antrag zur Benennung eines Platzes nach den ermordeten Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson.	VO/2024/13113
4.2.1	Bericht zum Antrag zur "Benennung eines Platzes nach den ermordeten Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson" (VO/2024/13113)	VO/2024/13113-01
4.3	Fraktion LINKE & GAL: Erforschung und Würdigung des Widerstands von Frauen in und /oder aus Lübeck gegen den Nationalsozialismus	VO/2024/13125
4.3.1	Bericht zum Antrag "Erforschung und Würdigung des Widerstands von Frauen in und /oder aus Lübeck gegen den Nationalsozialismus" (VO/2024/13125)	VO/2024/13125-01
4.4	BM Lothar Möller: Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadt stärken - gebührenfreies Parken für die ersten zwei Stunden	VO/2024/13681
4.5	BM Lothar Möller: Mehr Dieselbusse als Elektrobusse anschaffen	VO/2024/13691
4.6	BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium	VO/2024/13741-01
5	Berichte	
5.1	Finanzierung des Welterbe- und Gestaltungsbeirates der Hansestadt Lübeck	VO/2024/13822
6	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
6.1	Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen	
6.2	Neue Anfragen	
6.2.1	Anfrage des AM Dan Teschner zu VO/2024/13799 Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024	VO/2024/13799-01
6.2.2	AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umsetzung der Werbeanlagensatzung in der Innenstadt	VO/2025/13928

6.2.3	AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erneuerung der Zebrastreifen-Kennzeichnung an der Einmündung Eichenweg / B104	VO/2025/13957
6.2.4	AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beleuchtung der Fuß- und Radwegverbindung Travemünder Allee - Kreuzwegbrücke	VO/2025/13958
6.2.5	AM Dr. Ulrich Brock (CDU): Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade	VO/2025/13995
6.2.6	Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Gestaltung Stadtgrabenbrücke	
6.3	Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung	
6.4	Sonstige Mitteilungen	
6.4.1	Mündliche Mitteilung (5.651): Wettbewerb Neubau Grundschule Koggenweg	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Arne-Matz Ramcke BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Berichtsantrag zur Einrichtung einer temporär verkehrsberuhigten Zone	VO/2024/13806
7.2	AM Oliver Prieur (CDU), AM Arne-Matz-Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Dan Teschner (FDP): Aufhebung der Zufahrtsschließung von der Oderstrasse zur Schwartauer Landstrasse	VO/2025/13962
7.2.1	AT: AM Oliver Prieur (CDU), AM Arne-Matz-Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Dan Teschner (FDP): Aufhebung der Zufahrtsschließung von der Oderstrasse zur Schwartauer Landstrasse	VO/2025/13962-01
7.3	Antrag des BM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens Glas- hüttenweg 33-35	VO/2025/13967
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Er weist darauf hin, dass Senatorin Hagen heute abwesend ist.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

- TOP 3.1.4 AM Dan Teschner (FDP): ÄA zu VO/2024/12987: Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung). (VO/2024/12987-04)
- TOP 3.4.1 AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Dr. Ulrich Brock (CDU), AM Dan Teschner (FDP): ÄA zu Kommunale Wärmeplanung (VO/2024/13808-01)
- TOP 3.5 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für Investitionsmaßnahmen im Produkt 111029 (VO/2025/13920)
- TOP 6.2.5 AM Dr. Ulrich Brock (CDU): Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade (VO/2025/13958)
- TOP 7.2.1 AT: AM Oliver Prieur (CDU), AM Arne-Matz-Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Dan Teschner (FDP): Aufhebung der Zufahrtsschließung von der Oderstrasse zur Schwartauer Landstrasse (VO/2025/13962-01)

Der Vorsitzende stellt den Antrag, die genannten TOP im Wege der Dringlichkeit zu behandeln.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP en bloc abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aufgrund der Neubesetzung der Ausschüsse durch die Bürgerschaft die bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses neu verpflichtet werden müssten.

Er verpflichtet die bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Helzel, Herrn Pluschkell, Herrn Teschner, Herrn Prieur, Herrn Sellerbeck und Herrn Ingwersen mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende berichtet, dass die SPD-Fraktion ihm berichtet habe, dass hinsichtlich TOP 3.1 noch Abstimmungsbedarf in der Fraktion bestehe und sie den TOP vertagen wollen wür-

den. Er stellt den Antrag, TOP 3.1 gemeinsam mit TOP 3.1.1, TOP 3.1.2, TOP 3.1.3 und TOP 3.1.4 zu vertagen.

Der Bauausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, TOP 4.6 zu vertagen, um die städtische Wohnungsbaugesellschaft TRAVE in den Ausschuss einzuladen, damit diese ihre Sicht auf das Anliegen erläutern könnte. Das Vorgehen sei mit dem Antragsteller, BM Stüttgen, abgestimmt.

Der Bauausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.

AM Stolzenberg stellt den Antrag, TOP 4.3 und TOP 4.3.1 zu vertagen, bis der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege den Antrag unter TOP 4.3 behandelt habe.

Der Vorsitzende erklärt in dem Zusammenhang, dass er den Bauausschuss in dieser Sache auch nicht für zuständig halte.

Der Bauausschuss stimmt der Vertagung einstimmig zu.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung nach Maßgabe der gefassten Beschlüsse.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.01.2025

AM Mühlenhoff weist darauf hin, dass sie mit ihrer Anfrage unter TOP 6.1.3 eine andere Pfüte gemeint habe und bittet darum, die Anfrage erneut aufzunehmen.

Der Vorsitzende fragt AM Mühlenhoff, ob dies aus ihrer Sicht dagegen spräche, die Niederschrift zu genehmigen.

AM Mühlenhoff erklärt, dass die Niederschrift dennoch in der vorliegenden Fassung genehmigt werden könne.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Beschlussvorlagen

zu 3.1 Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung). Vorlage: VO/2024/12987

Gemäß TOP 1 vertagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Pluschkell (SPD & FW): Fragen und Anregungen zur Stellplatzsatzung
Vorlage: VO/2024/12987-02

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.1.2 Änderungsantrag des Dr. Ulrich Brock zur Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung)
Vorlage: VO/2024/12987-01

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.1.3 Änderungsantrag des AM Dan Teschner (FDP) zu VO/2024/12987: Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung)
Vorlage: VO/2024/12987-03

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.1.4 AM Dan Teschner (FDP): ÄA zu VO/2024/12987: Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Zahl, Größe und Beschaffenheit von Stellplätzen oder Garagen sowie Abstellanlagen für Fahrräder (Stellplatzsatzung). Vorlage: VO/2024/12987-04

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 3.2 Fortführung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2 Vorlage: VO/2025/13849

Der Vorsitzende bittet um eine Erläuterung der Kostensteigerung, da die in der Vorlage enthaltenen Ausführungen die Frage, wie die Kosten so aus dem Ruder laufen konnten, nicht zufriedenstellend beantwortete.

Herr Kaschel erklärt, dass die Kostensteigerungen bedauerlich seien und er nachvollziehen könne, dass es dazu Nachfragen gebe. Gemäß den Planungen von 2021 sollten Schuten beschafft werden, die sowohl in der Trave als auch in küstennahen Gewässern zugelassen seien. Dies habe aber nicht funktioniert, wie in der ersten Mehrkostenvorlage 2022 dargestellt worden sei. Es werde eine Klassifizierung der ZSUK und des Büro Veritas für Küstenefahrzeuge benötigt, was zur ersten Mehrkostenvorlage geführt habe und zu Verzögerungen bei Planung und Bau. Diese Verzögerung ging unmittelbar einher mit der Inflationssteigerung und der Steigerung der Baupreise, der Lohnkosten und des Werftplatzes. Dies, sowie baulichen Anforderungen, die durch das Büro Veritas gestellt worden seien, hätten zu einer Steigerung der Anforderungen geführt, die diese Mehrkosten verursachen würden. Man stehe vor der Entscheidung, den Bau abubrechen oder fortzuführen. Ein Abbruch führe dazu, dass die Schuten nicht beschafft werden könnten und die Wassertiefen im Lübecker Hafen

nicht selbstständig instandgehalten werden könnten. Die Schuten seien auch dafür da, dass die Hansestadt Lübeck selber handlungsfähig sei. Würde die Maßnahme nicht fortgeführt oder würden die Schuten nicht für die Fahrt in küstennahen Gebieten zugelassen, könnte genau dieser Einsatzzweck nicht bedient werden, was die Beauftragung von Dritten notwendig machen würde und die Hansestadt Lübeck in ihrer Handlungsfähigkeit einschränken würde. Die Kostensteigerung sei auch verwaltungsintern intensiv diskutiert worden, aber es werde keine andere Möglichkeit gesehen. Er weise aber darauf hin, dass eine Refinanzierung über die Nutzungsverträge zur Instandhaltung des Hafens erfolgen könne, sodass die Abschreibungs- und Instandhaltungskosten darüber erwirtschaftet werden könnten.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, AM Ramcke, Herr Kaschel, der Vorsitzende, AM Mühlenhoff, AM Prieur, AM Teschner und AM Ingwersen.

AM Ramcke erklärt, dass es helfen würde, eine finanzielle Gegenüberstellung zu haben, in der die Kosten, die durch die Vergabe an Externe entstehen würden mit den Kosten der hier vorgeschlagenen Maßnahme abgeglichen werden. Dies würde die Debatte um die Kosten objektivieren.

AM Prieur und AM Ramcke bitten darum, eine Gegenüberstellung der Kosten bis zum Hauptausschuss zuzuliefern. AM Ramcke bittet um mehr Transparenz in zukünftigen Vorlagen.

Beschluss:

Mit der Umsetzung der Maßnahme Ersatzbeschaffung Klappschute T11 und Z2 wird fortgefahren.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.3 Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 100.000,00 Euro für Archäologische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Beckergrube
Vorlage: VO/2025/13922

Beschluss:

Die Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 100.000,00 Euro für Archäologische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Neugestaltung der Beckergrube wird angenommen.

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.4 Kommunale Wärmeplanung Vorlage: VO/2024/13808
--

TOP 3.4 und TOP 3.4.1 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.4 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Frau Dr. Keipert-Colberg von den Stadtwerken Lübeck und Frau Schäfers stellen das Thema anhand von zwei Präsentationen, die der Niederschrift als Anlage beigelegt sind, vor.

AM Blankenburg bittet um eine Stellungnahme zu dem Änderungsantrag unter TOP 3.4.1. Frau Schäfers erläutert, dass die Punkte unter Ziffer 3, Ziffer 6 und Ziffer 7 aus ihrer Sicht unproblematisch seien. Für Ziffer 8 würde sie für die Bewertung an die Stadtwerke abgeben. Frau Krüger von den Stadtwerken Lübeck erklärt, dass dies inhaltlich und technisch machbar wäre, der Antrag durch die Ergänzung aber sehr detailliert wäre und es fraglich sei, ob dies dabei helfe, die Wärmeplanung zügig zu verabschieden. Sie könne auch nicht einschätzen, ob es der Hansestadt Lübeck möglich sei, bereits zeitgleich zur Fernwärme-Transformationsplanung der SWL ein Konzept zur rechtssicheren Umsetzung vorzulegen.

AM Wisotzki führt aus, dass über den Zeitpunkt geredet werden könne. Bezüglich des Änderungsantrags seien die Antragsteller der Meinung gewesen, dass es paar Punkte gegeben habe, die unterschwellig enthalten gewesen seien, aber man im Rahmen der Verantwortung für die Bürger:innen politisch sichern müsste, dass diese sich das Beheizen ihrer Wohnungen leisten können. Daher sei es das Ziel dafür zu sorgen, dass für die Bürger:innen langfristig eine bezahlbare Versorgung vorliege.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag unter TOP 3.4 in der durch den Antrag unter TOP 3.4.1 ergänzten Form abstimmen.

Beschluss:

1. Das als Anlage 1 beiliegende Fachgutachten zur kommunalen Wärme- und Kälteplanung (KWP) wird beschlossen und ist strategische Grundlage für die Wärmewende in Lübeck.
2. Die Ziele der KWP sind bei allen planerischen, infrastrukturellen und baulichen Aktivitäten zu berücksichtigen. Dies gilt auch für die städtischen Beteiligungen: Der Bürgermeister als städtischer Gesellschaftervertreter wirkt auf die Berücksichtigung der Ziele hin.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Planungen der Energieversorgungsinfrastrukturen im Stadtgebiet auf der Basis des kommunalen Wärmeplans zügig weiter zu entwickeln. Hierzu werden den zuständigen Gremien notwendige Beschlussfassungen entgegengebracht. Zum Start der KWP-Umsetzung werden die Stadtwerke Lübeck Energie GmbH beauftragt, bis zum Sommer 2025 einen Zeitplan für bereits bestehende Transformations- und Ausbauplanungen ihrer Wärmenetze vorzulegen sowie eine Priorisierung der in der KWP genannten Fernwärmeeignungsgebiete nach aussagekräftigen Kriterien aufzuzeigen. *Dabei ist zu berücksichtigen, dass Gebiete, in denen voraussichtlich keine dezentrale klima-neutrale Versorgung möglich ist, eine hohe Priorisierung erhalten.*

4. Die KWP wird in Kooperation mit dem Begleitgremium kontinuierlich an neue Entwicklungen angepasst und fortgeschrieben. Jährlich berichtet die Klimaleitstelle über vorzunehmende Aktualisierungen.
5. Die in der Anlage 1 aufgelisteten Maßnahmen werden unter Berücksichtigung der genannten Priorisierung und der zeitlichen Vorgaben, überwacht und durch ein Monitoring umgesetzt.
6. *Für die weitere Betrachtung der Fernwärmeeignungsgebiete wird als Ziel festgesetzt, dass Fernwärmenetze aktuell nur dort weiterverfolgt werden sollen, wo die weitere Analyse ergibt, dass die Fernwärmeversorgung für die Bürger:innen mit hoher Sicherheit eine wirtschaftlich attraktive Lösung darstellt oder keine dezentrale klimaneutrale Versorgung möglich ist.*
7. *Der Bürgermeister wird beauftragt, wenn neue Erkenntnisse insbesondere zur Nichteignung von Gebieten unter diesen Voraussetzungen vorliegen, eine schnellstmögliche und transparente Kommunikation an die betroffenen Bürger:innen sicherzustellen, damit diese rechtzeitig Planungssicherheit haben.*
8. *Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum Sommer 2025 (zeitgleich mit der Transformations- und Ausbauplanung der Stadtwerke) ein rechtssicheres Konzept vorzulegen, dass sicherstellt, dass die zukünftig zu errichtenden Fernwärmenetze eine für die Bürger:innen dauerhaft wirtschaftlich attraktive Lösung darstellen. In diesem Konzept soll - unter Berücksichtigung der finanziellen und organisatorischen Leistungsfähigkeit der Stadtwerke geprüft werden, welche Maßnahmen erforderlich und möglich sind, um die Realisierung der netzgebundenen Wärmewende sicherzustellen. Das Konzept soll auch auflisten, welche Satzungen geändert werden müssen, um rechtliche Hürden für die Wärmewende zu beseitigen und einen Fahrplan für die Umsetzung enthalten.*

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig gemäß ergänztem Beschlussvorschlag zu beschließen

**zu 3.4.1 AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Dr. Ulrich Brock (CDU), AM Dan Teschner (FDP): ÄA zu Kommunale Wärmeplanung
Vorlage: VO/2024/13808-01**

TOP 3.4 und TOP 3.4.1 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 3.4 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Beschluss:

Unter 3. Hinzufügen:

Dabei ist zu berücksichtigen, dass Gebiete, in denen voraussichtlich keine dezentrale klimaneutrale Versorgung möglich ist, eine hohe Priorisierung erhalten.

Punkte hinzufügen:

6. Für die weitere Betrachtung der Fernwärmeeignungsgebiete wird als Ziel festgesetzt, dass Fernwärmenetze aktuell nur dort weiterverfolgt werden sollen, wo die weitere Analyse ergibt, dass die Fernwärmeversorgung für die Bürger:innen mit hoher Sicherheit eine wirtschaftlich attraktive Lösung darstellt oder keine dezentrale klimaneutrale Versorgung möglich ist.

7. Der Bürgermeister wird beauftragt, wenn neue Erkenntnisse insbesondere zur Nichteignung von Gebieten unter diesen Voraussetzungen vorliegen, eine schnellstmögliche und transparente Kommunikation an die betroffenen Bürger:innen sicherzustellen, damit diese rechtzeitig Planungssicherheit haben.

8. Der Bürgermeister wird beauftragt, bis zum Sommer 2025 (zeitgleich mit der Transformations- und Ausbauplanung der Stadtwerke) ein rechtssicheres Konzept vorzulegen, dass sicherstellt, dass die zukünftig zu errichtenden Fernwärmenetze eine für die Bürger:innen dauerhaft wirtschaftlich attraktive Lösung darstellen. In diesem Konzept soll - unter Berücksichtigung der finanziellen und organisatorischen Leistungsfähigkeit der Stadtwerke geprüft werden, welche Maßnahmen erforderlich und möglich sind, um die Realisierung der netzgebundenen Wärmewende sicherzustellen.

Das Konzept soll auch auflisten, welche Satzungen geändert werden müssen, um rechtliche Hürden für die Wärmewende zu beseitigen und einen Fahrplan für die Umsetzung enthalten.

Über den Beschlussvorschlag unter TOP 3.4 wurde in der durch den Antrag unter TOP 3.4.1 ergänzten Form abgestimmt. Es wurde einstimmig empfohlen, gemäß geändertem Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 3.5 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für Investitionsmaßnahmen im Produkt 111029
Vorlage: VO/2025/13920

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, der Vorsitzende, Herr Bunk und AM Ramcke.

Beschluss:

In den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten werden gem. § 82 Abs. 1 GO überplanmäßig bereitgestellt:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
111029 286.7851000	GMHL/A.-Schw.-Schule/TH/Ersatzm.	2024	2.390.000 €
111029 349.7851000	GMHL/Kalandschule, Sanierung	2024	2.200.000 €
111029 578.7851000	GMHL/Karstadt Mixed Use	2024	800.000 €
111029 566.7851000	Feuerwache 2 Neub./koop. Leitstelle	2024	410.000 €

Deckung:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
612003 000.7852000R	AF/Erschließung/Tiefbaumaßnahmen	2024	4.000.000 €
612003 000.7821000R	AF/Grundstücksankäufe	2024	1.800.000 €

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt mehrheitlich gemäß Beschlussvorschlag abzustimmen.

zu 4 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

zu 4.1 Antrag aus der Einwohner:innenversammlung vom 13.11.2024: Bebauung Travemünde Vorlage: VO/2024/13736

TOP 4.1, TOP 4.1.1 und TOP 4.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

AM Stolzenberg verweist auf die Empfehlung des Bauausschusses und dass sich seine Fraktion nochmal mit dem Antrag befasst habe. In einigen Vorhaben der Stadt, die in der Vergangenheit umgesetzt worden seien, habe es bezüglich der beantragten Aspekte noch Luft nach oben gegeben. Seine Fraktion sehe den Antrag daher nicht als erledigt an.

Der Vorsitzende erläutert, dass seine Fraktion die Entscheidung aus der letzten Sitzung nach wie vor als richtig ansehe. Der Masterplan Klimaschutz und der RNVP böten Rahmenbedingungen, welche die Aspekte des Antrags aufnehmen würden, daher wolle man diesen Aspekten durch einen erneuten Beschluss nicht noch zusätzliche Wertigkeit über die anderen Rahmenbedingungen zusprechen und diese dadurch im Zweifel zurückweisen. Weiterhin sei der Antrag nicht konkret genug, auch wenn die Aspekte wichtig seien und berücksichtigt werden müssten. Man wolle nicht ein Sammelsurium von Belangen außerhalb der eigentlichen Mechanismen schaffen, was dazu führe, dass man einen Haufen an unterschiedlichen Beschlüssen habe, obwohl man die Beschlüsse in den Konzepten sammeln wolle.

AM Pluschkell ergänzt, dass die Bürger:innen nicht das BauGB kennen müssten, die genannten Belange dort aber ebenfalls enthalten seien. Bezüglich der von AM Stolzenberg angesprochenen Vorhaben gebe es auch anderweitige Pläne und Konzepte, wie etwa die Erhaltung des Waldes auf dem Priwall, oder den RNVP, durch den der ÖPNV gestärkt werden solle und der KFZ-Verkehr im inneren Kurgebiet beruhigt werden solle. Das sei alles im Werden, daher werde der Antrag als bereits erledigt betrachtet.

AM Wisotzki konstatiert, dass ihm das BauGB auch nicht reichen würde, da in der Vergangenheit einige Fehler gemacht worden seien, aber diese angegangen werden würden und bereits Fortschritte gemacht worden seien. Er verweist ebenfalls auf den Masterplan Klimaschutz. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Aspekte eingehalten werden sollen, aber diesbezüglich wären sich alle einig.

AM Stolzenberg sagt, dass er die Argumentation für nachvollziehbar halte und dann ein solcher Beschluss auch aus seiner Sicht nicht erforderlich sei. Er bitte aber darum, die Ausführungen hierzu mit in das Protokoll aufzunehmen. Er zieht seinen Antrag unter TOP 4.1.2 zurück.

Der Vorsitzende stellt den Antrag, den Antrag als bereits erledigt zu erklären, da die genannten Aspekte bereits mit einer Vielzahl von Konzepten abgearbeitet werden würden.

Für den Antrag: 14 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Antrag:

Frau Ingrid Fehlau beantragt:

Änderung der geplanten Bauvorhaben in Travemünde:

- Nachhaltigkeit
- urbanes Gärtnern
- weniger Autos
- Shuttle Busse
- mehr Begrünung

Die geplanten und zukünftigen Bauvorhaben sind nach o. g. Kriterien umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

Der Bauausschuss erklärt gegenüber der Bürgerschaft einstimmig, dass er den Antrag für bereits erledigt halte.

zu 4.1.1 Empfehlung des Bauausschusses zum Antrag aus der Einwohner:innenversammlung vom 13.11.2024: Bebauung Travemünde (VO/2024/13736)
Vorlage: VO/2024/13736-01

TOP 4.1, TOP 4.1.1 und TOP 4.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Antrag aus der Einwohner:innenversammlung vom 13.11.2024 (VO/2024/13736):

Frau Ingrid Fehlau beantragt:

„Änderung der geplanten Bauvorhaben in Travemünde:

- Nachhaltigkeit
- urbanes Gärtnern
- weniger Autos
- Shuttle Busse

- mehr Begrünung

Die geplanten und zukünftigen Bauvorhaben sind nach o. g. Kriterien umzusetzen.“

Der Bauausschuss hat sich in seiner Sitzung am 20.01.2025 mit dem Antrag unter TOP 4.4 befasst und folgende Empfehlung ausgesprochen:

Der Vorsitzende stellt den Antrag, dass der Bauausschuss erklärt, dass er den Antrag als bereits erledigt ansehe.

Abstimmungsergebnis:

Für den Antrag: 15 Stimmen

Der Bauausschuss erklärt gegenüber der Bürgerschaft einstimmig, dass er den Antrag für bereits erledigt halte.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 4.1.2 BM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Änderungsantrag zum Antrag aus der Einwohner:innenversammlung vom 13.11.2024: Bebauung Travemünde (VO/2024/13736)
Vorlage: 2024/13736-01-01**

TOP 4.1, TOP 4.1.1 und TOP 4.1.2 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.1 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Antrag:

Bei zukünftigen Bebauungsplänen und Bauvorhaben der Stadt sollen die Belange Nachhaltigkeit, urbanes Gärtnern und mehr Begrünung in einem größeren Umfang als bisher, verfolgt werden. Zusätzlich sind bei Planungen der Stadt Verkehrskonzepte zu berücksichtigen, die den individuellen Kfz-Verkehr minimieren, z. B. durch bessere Anbindung des ÖPNV, auch mit Shuttle Bussen.

Der Antragsteller zieht seinen Antrag zurück.

**zu 4.2 Unabhängige Volt-PARTEI: Antrag zur Benennung eines Platzes nach den ermordeten Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson.
Vorlage: VO/2024/13113**

TOP 4.2 und TOP 4.2.1 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, der Vorsitzende, Frau Maouche, die vom Bauausschuss Rederecht erhalten hat, AM Stolzenberg, AM Pluschkell, Frau Schölkopf und AM Wisotzki.

Der Vorsitzende beantragt, der Bürgerschaft zu empfehlen, den Antrag in der Fassung des Kulturausschusses zu beschließen.

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt einen öffentlichen Platz bzw. öffentliche Grünfläche zu identifizieren, die gut geeignet sind, um diese nach den in Lübeck inhaftierten und in Hamburg 1943 ermordeten französischen Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson zu benennen. Der Bürgerschaft sind bis zur Sitzung im November Vorschläge zu unterbreiten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss empfiehlt einstimmig in der Fassung des Kulturausschusses zu beschließen.

**zu 4.2.1 Bericht zum Antrag zur "Benennung eines Platzes nach den ermordeten Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson" (VO/2024/13113)
Vorlage: VO/2024/13113-01**

TOP 4.2 und TOP 4.2.1 werden gemeinsam behandelt. Die Diskussion ist unter TOP 4.2 wiedergegeben, die Abstimmung unter dem jeweiligen TOP.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt einen öffentlichen Platz bzw. öffentliche Grünfläche zu identifizieren, die gut geeignet sind, um diese nach den in Lübeck inhaftierten und in Hamburg 1943 ermordeten französischen Widerstandskämpferinnen France Bloch-Sérazin und Suzanne Masson zu benennen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.3 Fraktion LINKE & GAL: Erforschung und Würdigung des Widerstands von Frauen in und /oder aus Lübeck gegen den Nationalsozialismus
Vorlage: VO/2024/13125

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4.3.1 Bericht zum Antrag "Erforschung und Würdigung des Widerstands von Frauen in und /oder aus Lübeck gegen den Nationalsozialismus" (VO/2024/13125)
Vorlage: VO/2024/13125-01

Gemäß TOP 1 vertagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 4.4 BM Lothar Möller: Wettbewerbsfähigkeit der Innenstadt stärken - gebühren-freies Parken für die ersten zwei Stunden
Vorlage: VO/2024/13681

Antrag:

Die Lübecker Bürgerschaft beschließt:

1. Dafür Sorge zu tragen, dass öffentliche Parkflächen im Innenstadtbereich die ersten zwei Stunden gebührenfrei von Pkw genutzt werden können.

2. Die Lübecker Bürgerschaft fordert den Bürgermeister auf seinen Einfluss auf den städtischen Eigenbetrieb KWL zu nutzen, um auch für die in der Innenstadt betriebenen Parkhäuser kostenfreies Parken für die ersten zwei Stunden zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	X
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	14
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

zu 4.5 BM Lothar Möller: Mehr Dieselbusse als Elektrobusse anschaffen
Vorlage: VO/2024/13691

Beschluss:

Die Lübecker Bürgerschaft beschließt:

1. Den von der EU geforderten Mindestsatz von 22,5 Prozent der Neuanschaffungen an elektrisch betriebenen Linienbussen zu bestellen.

2. Der Lübecker Bürgermeister wird ersucht, die frei gewordenen Steuermittel zur Tilgung von Schulden zu verwenden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	X
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	14
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

zu 4.6 BM Tim Stüttgen (Unabhängige Volt-PARTEI) AT: Abriss-Moratorium
Vorlage: VO/2024/13741-01

Gemäß TOP 1 vertagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 5 **Berichte**

zu 5.1 **Finanzierung des Welterbe- und Gestaltungsbeirates der Hansestadt Lübeck** Vorlage: VO/2024/13822

Bericht:

Mitteilung über die Änderung der Finanzierung des Welterbe- und Gestaltungsbeirates

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 **Anfragen / Antworten / Mitteilungen**

zu 6.1 **Antworten zu Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**

zu 6.2 **Neue Anfragen**

zu 6.2.1 **Anfrage des AM Dan Teschner zu VO/2024/13799 Lärmaktionsplan der Hansestadt Lübeck 2024** Vorlage: VO/2024/13799-01

Anfrage:

Welche Auswirkungen hat die geplante ebenerdige Querung am Mönkhofer Weg auf den Verkehrsfluss und so auf die Lärmemissionen im Umfeld?

Bei Tempo 30 fährt man tendenziell mit höherer Drehzahl, also auch lauter. Zudem bewegt sich die Lärmquelle langsamer und wirkt dadurch länger auf die Anwohner ein. Zudem führt dies zur einer Kapazitätsreduzierung der entsprechenden Straßen und die Wahrscheinlichkeit von Verkehrsstau steigt. Dies sorgt ebenfalls für eine lokale Lärmbelastung und Abgasausstoss. Der ÖPNV, welcher beschleunigt werden soll, ist zusätzlich langsamer unterwegs, was dazu führen kann, dass dieser weniger attraktiv wird. Wie beeinflusst eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Tempo 30 den fließenden Verkehr sowie die Schadstoffemissionen im Vergleich zu Tempo 50?

Die Regel Busbuchten in Lübeck möglichst aufzulösen hat Auswirkungen auf den Verkehrsfluss und somit auf die Lärmemissionen. Wie bewertet die Verwaltung diese Maßnahmen, insbesondere an eng bebauten Haltestellenstandorten?

Wie wirken sich moderne Autos, insbesondere E-Autos auf die Lärmemissionen aus. Ist damit zu rechnen, dass aufgrund eines zukünftig höheren Anteils von E-Mobilität die Lärmemissionen rückläufig sind und man auf entsprechende Maßnahmen verzichten kann oder bei einer Verbesserung wieder zurücknehmen kann?

Wie groß ist die messbare Lärmreduktion von Maßnahmen und ab welcher Schwelle sind diese wahrnehmbar. Wie wird in dem Zusammenhang die Angemessenheit von Eingriffen bewertet, um zu tatsächlichen Verbesserungen zu führen und eine wahrnehmbare Entlastung zu erreichen?

Wie wird die Qualität der Straßenoberflächen zur Lärminderung in Lübeck berücksichtigt, insbesondere mit Blick auf geplante Sanierungen?

Im Umfeld der Klinikzufahrten ist die Lärmbelastung durch Rettungswagen und Einsatzfahrzeuge der größte Faktor bei der Lärmbelastung. Es wird regelmäßig über steigende Einsatzzahlen des Rettungsdienst, auch durch eine Konzentrierung auf weniger Kliniken im Land mit mehr Zubringerverkehr, berichtet. Gibt es Möglichkeiten die Belastung der Bevölkerung zu reduzieren?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.2 AM Silke Mählenhoff (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Umsetzung der Werbeanlagensatzung in der Innenstadt
Vorlage: VO/2025/13928

Anfrage:

Für die Innenstadt Lübeck gilt eine detaillierte Werbelagensatzung, am

30.06.2016 für die Altstadt der Hansestadt Lübeck, und für das innere Kurgebiet mit der Altstadt von Lübeck- Travemünde durch die Bürgerschaft beschlossen.

Allerdings scheint diese Werbeanlagensatzung nicht überall eingehalten zu werden.

So hat die BIRL in ihren 124. Bürgernachrichten vom Dezember 2024 (S.23) verschiedene Fälle von Verstößen gegen die Werbeanlagensatzung aufgeführt.

Hiermit stelle ich folgende Fragen:

1. Wie werden die Gewerbetreibenden in den zugeordneten Gebieten über die Werbeanlagensatzung informiert?
2. Gibt es Beratung für die Gewerbetreibenden vor Antragstellung?
3. Wie werden die Werbeanlagen kontrolliert und wie ist das Vorgehen bei festgestellten Verstößen?
4. Sind die von der BIRL aufgezeigten Verstöße der Verwaltung bekannt und was wurde unternommen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.3 AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Erneuerung der Zebra-
streifen-Kennzeichnung an der Einmündung Eichenweg / B104
Vorlage: VO/2025/13957

Anfrage:

An der Einmündung Eichenweg zur B104 ist die Kennzeichnung des Zebrastreifens kaum noch zu erkennen. Direkt nebenan befindet sich der Waldspielplatz.
Auch der Fuß - und Radverkehr vom Tunnel.

Dazu habe ich folgende Frage:

1. Wann ist hier mit einer Erneuerung der Kennzeichnung zu rechnen?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.4 AM Stephan Wisotzki (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Beleuchtung der Fuß- und Radwegverbindung Travemünder Allee - Kreuzwegbrücke
Vorlage: VO/2025/13958

Anfrage:

Mit der Ausführung der Beleuchtung an der Travemünder Allee bis zur Kreuzwegbrücke ist ein Großteil der Fuß- und Radwegverbindung zwischen Innenstadt und Tunnel beleuchtet. Für die Nutzer:innen stellt der dunkle Abschnitt insbesondere zusammen mit den hier vorkommenden Wildschweinen einen Angstraum dar.

Dazu folgende Frage:

1. Wann ist damit zu rechnen, dass der verbleibende unbeleuchtete Teil auch mit Beleuchtung ausgestattet wird?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.5 AM Dr. Ulrich Brock (CDU): Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade
Vorlage: VO/2025/13995

Anfrage:

Im Haushaltsbegleitbeschluss VO/2024/13494-01 wurden für die Grundsanierung des Bolzplatzes in Groß Steinrade – in Ergänzung zu den vom Schulverein akquirierten Mitteln – € 50.000 zur Verfügung gestellt.

Hierzu stelle ich an die Verwaltung folgende Fragen:

- Wie ist der aktuelle Sachstand für die Einrichtung eines Bolzplatzes in Groß Steinrade?
- Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bisher ergriffen, um die von den Bürgerinnen und Bürgern in Groß Steinrade sowie der dortigen Schule gewünschten Einrichtung umzusetzen?
- Gibt es bereits Planungen für Baubeginn?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.2.6 Anfrage des AM Dr. Brock (CDU): Gestaltung Stadtgrabenbrücke

Anfrage:

Weicht die tatsächliche Gestaltung der Stadtgrabenbrücke von der im Bauausschuss vorgestellten Gestaltung ab. Wenn ja, inwieweit unterscheidet sich die tatsächliche Ausführung. Warum sind ggf. Änderungen an der Gestaltung erfolgt. Sind ggf. ausgeführte Änderungen an der Gestaltung mit Zustimmung des Beirats oder des Ausschusses erfolgt?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6.3 Mitteilungen des Vorsitzenden und der Fachbereichsleitung

zu 6.4 Sonstige Mitteilungen

zu 6.4.1 Mündliche Mitteilung (5.651): Wettbewerb Neubau Grundschule Koggenweg

Herr Kunz stellt das Ergebnis des Wettbewerbs anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, vor.

Hierzu reden, teilweise mit mehreren Wortbeiträgen, der Vorsitzende, Herr Kunz, AM Prieur, AM Ramcke, Herr Bunk, AM Luetkens, AM Wisotzki, AM Mühlenhoff, AM Teschner, Herr Schulz, AM Sellerbeck und AM Lange.

Der Bauausschuss nimmt Kenntnis.

zu 7	Anträge von Ausschussmitgliedern
-------------	---

zu 7.1	AM Arne-Matz Ramcke BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Berichtsantrag zur Einrichtung einer temporär verkehrsberuhigten Zone Vorlage: VO/2024/13806
---------------	--

Antrag:

Die Verwaltung wird gebeten, einmal die rechtlichen Umstände darzulegen, warum in der Fahrradstraße Höhe Langer Lohberg und Tünkenhagen, insbesondere in den Rushhour-Zeiten der Schulen, keine temporäre Sperrung für den Kfz Verkehr eingerichtet werden kann? Laut Aussage Betroffener, entstehen hier morgens durch die Schülerverkehre zu Fuß und per Fahrrad auf den Geh- & Radwegen mit den Kfz-Verkehren viele kritische Situationen, alle Bemühungen der Marien-Schule die Verkehrssicherheit der Schüler:innen zu verbessern, wurde aus rechtlichen Gründen seitens der Verkehrsbehörde abgelehnt. Daher die Bitte, neben der Darstellung der Ablehnungsgründe hier auch einmal zu skizzieren, mit welchem verkehrsplanerischen Ansatz eine rechtssichere Variante einer verkehrssicheren Anreise der Schüler:innen ausschauen kann?

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss nimmt den Antrag einstimmig an.

zu 7.2	AM Oliver Prieur (CDU), AM Arne-Matz-Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Dan Teschner (FDP): Aufhebung der Zufahrtsschließung von der Oderstrasse zur Schwartauer Landstrasse Vorlage: VO/2025/13962
---------------	--

Die Antragsteller haben den Antrag unter TOP 7.2 zurückgezogen und gegen den Antrag unter TOP 7.2.1 ausgetauscht.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, die Schließung der Zufahrt von der Oderstraße zur Schwartauer Landstraße bzw. auch gegenläufig wieder aufzuheben und den Einmündungsbereich verkehrs- und rechtssicher zu gestalten. Im Anschluss soll das absolute Halteverbot in Teilbereichen zwischen der Oderstraße und der Ausfahrt in Richtung Bad Schwartau wieder aufgehoben werden.

Der Antrag wurde zurückgezogen.

zu 7.2.1 AT: AM Oliver Prieur (CDU), AM Arne-Matz-Ramcke (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Dan Teschner (FDP): Aufhebung der Zufahrtsschließung von der Oderstrasse zur Schwartauer Landstrasse
Vorlage: VO/2025/13962-01

AM Prieur begründet den Antrag.

AM Pluschkell erklärt, dass er den Antrag begrüße, er allerdings nicht verstehe, warum nicht mehr vom gegenläufigen Verkehr die Rede sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, zu ergänzen, dass der Vorschlag auch in die umgekehrte Richtung gelten solle.

Die Antragsteller übernehmen die Änderung in ihren Antrag.

Antrag:

Der Bürgermeister wird gebeten, dem Bauausschuss eine alternative Variante für den Einmündungsbereich Oderstraße/Swartauer Landstraße vorzuschlagen unter Aufhebung der Schließung der Zufahrt von der Oderstraße in die Swartauer Landstraße *und in die umgekehrte Richtung*. Dabei soll nach Möglichkeit das absolute Halteverbot zwischen Oderstraße und Ausfahrt Richtung Bad Swartau ggf. teilweise wieder aufgehoben werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	14
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag einstimmig zu.

zu 7.3 Antrag des BM Detlev Stolzenberg (Unabhängige Volt-PARTEI): Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens Glashüttenweg 33-35
Vorlage: VO/2025/13967

Der Vorsitzende beantragt, den Antrag zu vertagen.

AM Pluschkell erwidert, dass der Antrag auch direkt abgelehnt werden könne.
AM Prieur stimmt dem zu.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 18:20 Uhr.
Die Sitzung wird um 18:24 fortgesetzt.

Der Vorsitzende begründet seinen Vertagungsantrag. Es gebe hierzu in seiner Fraktion noch Abstimmungsbedarf.

AM Stolzenberg führt aus, dass der Bauausschuss einen Aufstellungsbeschluss eigenständig beschließen kann und appelliert an das Selbstbewusstsein der Ausschussmitglieder. Es gehe ihm nicht um die Verhinderung von Baumaßnahmen, sondern darum, durch ein B-Planverfahren Beteiligungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Der Vorsitzende begründet seinen Vertagungsantrag. Es sei sinnvoll, wenn die Entscheidungen der Ausschüsse fraktionsintern abgestimmt werden könnten, weiterhin wolle man sich mit seinem Kooperationspartner abstimmen. Da noch keine Baugenehmigung vorliege, könne er auch nicht erkennen, wie eine Vertagung um zwei Wochen den Aufstellungsbeschluss behindere.

Herr Schröder verweist auf seine Präsentation, die er am 16.09.2024 im Bauausschuss zu diesem Thema vorgetragen habe. Es gebe zwar keine Baugenehmigung, aber eine denkmalrechtliche Abrissgenehmigung und eine positive Bauvoranfrage mit entsprechender Bindungswirkung, da sich das Vorhaben in einem faktischen Industriegebiet befinde.

AM Prieur spricht sich ebenfalls dafür aus, das Thema nochmal in den Fraktionen zu besprechen.

AM Ramcke erklärt, dass bei der Präsentation im September gesagt worden sei, dass es keine zunehmende Lärmbelästigung geben solle, aber es noch gar keinen Mieter für das Objekt gebe. Die zukünftige Nutzung stehe also noch gar nicht fest, und ein B-Planverfahren sei eine gute Möglichkeit, um sich die Situation vor Ort anzusehen.

AM Pluschkell sagt, dass er eine Vertagung für richtig halte und dies auch der Verwaltung ermögliche, zur nächsten Sitzung darzulegen, was zu der positiven Bauvoranfrage geführt habe, da dort auf Themen wie die Lärmbelästigung sicher bereits eingegangen worden sei.

Der Vorsitzende lässt über seinen Vertagungsantrag abstimmen.

Für den Antrag: 14 Stimmen

Der Bauausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

zu 8 Verschiedenes

AM Stolzenberg verlässt die Sitzung und wird im Folgenden von AM Frings vertreten.

Der Vorsitzende verpflichtet das stellv. bürgerliche Ausschussmitglied Frings mit den Worten „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

AM Frings bittet um Beantwortung seiner Anfrage zur Parkdauerbegrenzung aus der Bauausschusssitzung vom 04.11.2024.

zu 9 Ende des öffentlichen Teils
--

Der Vorsitzende schließt um 18:36 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 18:38 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

Es wird um die Anwesenheit von Herrn Schröder, Herrn Bunk, Herrn Babendererde, Frau Bohl und Herrn Hoppe gebeten.

Der Bauausschuss stimmt einstimmig zu.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung und teilt mit, dass der Bauausschuss im nichtöffentlichen Teil Beschlüsse gefasst habe.

Er beendet die Bauausschusssitzung um 19:09 Uhr.

Lübeck, den 30. Juli 2025

Dr. Ulrich Brock
Vorsitzende/r

Wilk Wendorff
Protokollführung